

Schwellenländer stellen sich quer

Die Staaten am Weltklimagipfel in Warschau sind sich uneinig, bis wann verbindliche Regeln zum Schutz des Klimas ausgehandelt werden sollen. Auch der Taifun Haiyan hat bisher keine positive Dynamik in die zähen Verhandlungen gebracht.

CHRISTIAN MIHATSCH

Die Klimaverhandlungen in Warschau stehen im Zeichen von Taifun Haiyan, der kurz vor Beginn der Konferenz mehrere Städte auf den Philippinen zerstörte. Auch wenn ein einzelnes Extremwetterereignis nicht direkt auf den Klimawandel zurückzuführen ist, so erhöht die Klimaerwärmung doch die Wahrscheinlichkeit und das Ausmass derartiger Katastrophen. Doch diese Erkenntnis des Weltklimarats IPCC ist noch nicht in alle Winkel der Welt vorge- drungen.

Schon vor Konferenzbeginn wurde die australische Regierung dafür kritisiert, dass ihr Umweltminister Greg Hunt nicht nach Warschau kommt. Er hat keine Zeit, da er in der australischen Hauptstadt damit beschäftigt ist, die CO₂-Steuer, die unter der vorherigen Regierung eingeführt wurde, wieder abzuschaffen. Applaus bekam er dafür von der kanadischen Regierung. Derweil hat Japan überraschend angekündigt, sein Emissionsziel für 2020 zu ändern: Statt die Emissionen im Vergleich zu 1990 um

25 Prozent zu senken, hat Japan nun eine Steigerung um drei Prozent bis 2020 angekündigt. Dieser Wert gehe von «Null Atomstrom» aus und sei noch vorläufig, erklärte der Leiter der japanischen Verhandlungsdelegation. Abgerundet wurde die Flut der schlechten Nachrichten schliesslich von Brasilien, wo die Emissionen aus der Brandrodung des Regenwaldes im vergangenen Jahr um 28 Prozent gestiegen sind, nachdem sie sich jahrelang im Sinkflug befanden.

Schwellenländer und USA im Clinch

Vor diesem Hintergrund versuchten die Delegierten in Warschau vor allem technische Themen zu erledigen, bevor nun diese Woche die Umweltminister zu den Verhandlungen stossen. Doch auch hier liess sich die Katastrophe auf den Philippinen nicht ignorieren. Denn eines der umstrittensten Themen ist die Schaffung eines «Mechanismus» für «Verluste und Schäden». Hier geht es um Entschädigungen für Länder, die Verluste durch die Klimaerwärmung erleiden, an die sie sich nicht anpassen können – etwa wenn wegen des steigen-

den Meeresspiegels ein ganzer Inselstaat verschwindet. Insbesondere die USA wollen einen solchen Mechanismus verhindern. Grund dafür sind die CO₂-Emissionen in der Vergangenheit, derentwegen die USA einen grossen Anteil an den bereits entstehenden Schäden haben. «Jeder muss sich an neue Bedingungen durch den Klimawandel anpassen, auch wir», sagte dazu eine US-Diplomatin.

Ähnlich gelagert ist da ein anderer Streit über die historischen Emissionen: Brasilien mit Unterstützung der meisten Entwicklungsländer und China hat beantragt, dass der Weltklimarat den Anteil der verschiedenen Länder an den Emissionen der Vergangenheit genauer berechnet. Die Idee dahinter: Die Länder sollen bei der Bestimmung ihrer Emissionsziele für die Zukunft mitberücksichtigen, wie gross ihr Anteil an den vergangenen Emissionen ist.

Doch auch dieses Ansinnen stösst auf Ablehnung durch die USA: «Sie weigern sich schlicht, darüber auch nur zu reden», sagt Jose Antonio Marcondes de Carvalho, der Leiter der brasilianischen

Delegation. «Ein solcher Ansatz gibt manchen Ländern die Möglichkeit, viel weniger zu tun, als sie heutzutage könnten», sagt derweil Kim Carnahan, eine US-Klimadiplomatin. Denn längst sind etwa die chinesischen Pro-Kopf-Emissionen höher als die einiger europäische Länder, auch wenn China in der Vergangenheit weniger emittiert hat.

Auf zwei Grad begrenzen

In der deutschen Delegation wird daher vermutet, dass der brasilianische Vorschlag auf eine Verzögerung der Verhandlungen abzielt. Insbesondere China könnte mit ständig neuen Vorschlägen substanzielle Fortschritte verhindern. Dabei ist China – zumindest offiziell – bereit, mehr zu tun, wie der Vize-Chef der Delegation, Li Gao, sagt: «Wir werden nicht bei 40 Prozent Reduktion aufhören.» Die Philippinen werden es China danken.

Bei all diesen Unstimmigkeiten wird von der Konferenz daher kein grosser Durchbruch erwartet. Doch Fortschritte wären dringend notwendig, wenn die internationale Staatengemeinschaft ih-

ren selbst gesetzten Zeitplan einhalten will. Bei der UNO-Klimakonferenz in Durban 2011 vereinbarten die Teilnehmer, bis Ende 2015 ein rechtsverbindliches Klimaschutzabkommen auf die Beine zu stellen, das die Erderwärmung bis Ende Jahrhundert auf zwei Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter begrenzt. Es soll 2020 in Kraft treten und für alle Staaten rechtsverbindliche Vorgaben für die Verringerung ihres Treibhausgasausstosses festschreiben.

Keine konkreten Zahlen bis 2015?

Einige Staaten, darunter Brasilien und Polen, vertreten allerdings die Auffassung, dass bis 2015 noch keine konkreten Zahlen bei den Emissionsminderungszielen ausgehandelt sein müssen. Darüber hinaus ist weiter offen, nach welchen Kriterien die Staaten ihre Ziele zur Emissionsminderung festlegen sollen. Auch in der Frage, ob und wie Verstösse geahndet werden, herrscht Uneinigkeit. Nicht einmal, ob die Regelungen in einem Vertrag festgeschrieben oder in eine andere Rechtsform gegossen werden sollen, ist klar.



Stau in Peking: Der Pro-Kopf-Ausstoss in China ist mittlerweile grösser als in manchen europäischen Ländern. Der Verkehr trägt wesentlich zu den CO₂-Emissionen bei.

Bild: epa/Diego Azubel

Der Gastgeber bremst und setzt weiter auf Kohle

PAUL FLÜCKIGER/WARSCHAU

Ein Sturm der Entrüstung ging vor einem Jahr durch Umweltkreise, als ausgerechnet Warschau als Gastgeber der 19. Uno-Klimakonferenz auserkoren wurde. Denn immerhin hatte Polen auf dem letzten Klimagipfel in Doha zunächst die Verlängerung des Kyoto-Protokolls verhindert. Polen gilt spätestens seitdem als weltweiter Bremsen im Klimaschutz. Bis kommenden Freitag werden in Warschau bis zu 10 000 Besucher erwartet, Unterhändler und Minister aus 195 Staaten, Umweltschützer, Presseleute und Demonstranten. Wegen letzteren hat Polen für zwei Wochen gar die Schengenregeln ausser Kraft gesetzt. An den Grenzen wird seither wie früher wieder kontrolliert.

Der Regierung gehe es vor allem um das Prestige, der Ausrichtung eines solchen Gipfels, vermuten polnische Umweltschützer. Umweltminister Marcin

Korolec jedenfalls machte im Vorfeld des Gipfels keine grossen Hoffnungen: «Unser erstes Ziel sollte das Wirtschaftswachstum sein», sagte er. Von Korolec stammt auch der Satz: «Europa kann nicht ohne Kohle leben.»

Brüssel macht Druck auf Polen

Gedacht haben wird Korolec dabei vor allem an Polen, das bis heute etwa 90 Prozent seiner Elektrizität mit Stein- und Braunkohle herstellt. Statt Kohlekraftwerke vom Netz zu nehmen, baut Polen davon gerade neue – so etwa im oberschlesischen Opole. Die EU aber sitzt Warschau im Nacken. Brüssel pocht nämlich auf die per 2016 zugesagte Abschaltung der schlimmsten Dreckschleudern. Um diese einzuhalten, müssen laut der polnischen Regierung, die gleichzeitig Miteigentümerin ist, neue Kohlekraftwerke her. Ein paar davon sollen mit sogenannter «sauberer Kohle» befeuert werden. Doch diese

wird nicht nur in Umweltschutzkreisen als Augenwischerei kritisiert.

«Widerspenstig und faul»

Verschwindend gering ist dafür in Polen der Anteil erneuerbarer Energiequellen. Der halbstaatliche Strommarktführer PGE etwa erzeugt gerade einmal vier Prozent seiner Elektrizitätsproduktion so. Offiziell sollen immerhin schon 11,3 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen, darunter Wasserkraft, stammen. Windparks sind in der polnischen Landschaft noch selten, immerhin aber häufiger als Sonnenkollektoren auf den Dächern. Das hängt auch damit zusammen, dass Braun- und Steinkohle praktisch die einzigen Rohstoffe Polens sind. Das Land will sich vor allem auch aus der energetischen Abhängigkeit von Russland emanzipieren.

Dies ist mit ein Grund, weshalb Regierung und die parlamentarische Opposition gemeinsam auf den Bau

neuer AKW und den umweltpolitisch höchst fraglichen Abbau von Schiefergas setzen. Die ausserparlamentarischen Grünen wiederum haben in Polen gerade knapp 300 Parteimitglieder. «Braun- und Steinkohle werden auch in Zukunft die Basis der polnischen Energiewirtschaft sein», sagt deshalb Regierungschef Donald Tusk von der liberalen Bürgerplattform. Polnische Expertenberichte belegen derweil, dass das Land noch mindestens bis 2050 von der Kohle abhängig bleibt.

Die Regierung Tusk sei «widerspenstig und faul», wenn es darum gehe, erneuerbare Energiequellen zu fördern, kritisiert die polnische Umweltschutzorganisation ClientEarth. In der Tat blockiert Warschau als einzige ganz öffentlich in Brüssel immer wieder die Verabschiedung strengerer EU-Klimaziele. Gleichzeitg gibt es einen derartigen Schlendrian bei der Umsetzung der EU-Direktiven, dass Warschau mittlerweile

hohe Strafen drohen. Bis Ende 2013 soll ein Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien auch für Privathaushalte verabschiedet werden, doch wird die Vorlage offenbar immer wieder von Lobbyisten der grossen Energiekonzerne torpediert. Dorthin schiebt die Regierung immer wieder gescheiterte Minister auf hohe Verwaltungsratsposten ab. Womit sich der Teufelskreis schliesst.

Den Schein aufrecht erhalten

Nicht von ungefähr gehört auch der halbstaatliche Energiekonzern PGE ausgerechnet zu den Hauptsponsoren des Warschauer Uno-Klimaschutzgipfels. Nach internationalen Protesten erscheint das gute Dutzend Sponsoren aus der Fossil-Branche mittlerweile nicht mehr so prominent in den Kongressunterlagen. Mag also sein, dass Polen bis zum Freitag zumindest den Schein eines unabhängigen Gastgebers aufrechterhält.